

Verein Vorsorge Schweiz, Aeschengraben 29, CH-4051 Basel

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Eidgenössisches Departement des Inneren EDI

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Basel, 23.02.2024

Änderung der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) zur Umsetzung der Motion 19.3702 von SR Ettlín «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider
Sehr geehrter Herr Barmettler

Am 22. November 2023 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Vernehmlassung über die oben genannte Verordnung (Einkauf Säule 3a) eröffnet.

Der Verein Vorsorge Schweiz (VVS) vertritt die Interessen der Vorsorgestiftungen der Säule 3a und deren Kunden. Wir danken Ihnen für die Einladung zum Vorschlag der Änderungen der Verordnung Stellung zu nehmen.

Der VVS verlangt die Anpassung der relevanten Artikel der Verordnung gemäss der vom National- und Ständerat verabschiedeten Motion und deren Begründung und lehnt das vom EDI vorgeschlagene und vom Beschluss der Bundesversammlung abweichende Modell ab. Nachfolgend finden Sie die Erläuterungen unseres Anliegens.

A) Ausgangslage

Die am 19.06.2019 eingereichte Motion «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen» enthält den Auftrag, die Einkaufsmöglichkeit in die Säule 3a zu schaffen und diese zeitlich und finanziell zu beschränken.

In der Begründung wurde dargelegt, dass Lücken nicht nur durch geringes Einkommen oder aufgrund einer tiefen Sparquote entstehen können. Vielmehr entstehen in unserem Vorsorgesystem finanzielle Lücken, weil gar kein AHV-pflichtiges Einkommen erzielt wurde (Prinzip der Erwerbsversicherung).

Die Motion hat daher zum Ziel, die Säule 3a in Bezug auf die Ausfinanzierung von Lücken konzeptionell der AHV und dem BVG anzugleichen und so das 3-Säulen-System zu stärken. Zum Zeitpunkt, in dem ein Erwerbseinkommen erzielt wird, sollen Lücken aus den Vorjahren ausgeglichen werden können. Von den bisherigen Reformvorschlägen wurde die Säule 3a

immer ausgenommen und die Stärkung der Eigenverantwortung der breiten Bevölkerung ausgeklammert.

Im National- und im Ständerat geniesst die Motion und deren Begründung grossen politischen Rückhalt, denn sie ist ein breit abgestützter und ausgewogener Kompromiss. Daher wurde sie von beiden Kammern angenommen. Der nun vorliegende Vorschlag missachtet die Grundzüge der Motion und somit den Auftrag der Bundesversammlung an den Bundesrat. Der Vorschlag ist daher grundlegend zu überarbeiten.

B) Stellungnahme zum erläuternden Bericht

Die AHV, die berufliche Vorsorge und die gebundene Selbstvorsorge der Säule 3a sind «Erwerbsversicherungen». Sie werden alle nur dann geäufnet, wenn ein AHV-pflichtiges Erwerbseinkommen erzielt wird. Finanzielle Lücken entstehen daher logischerweise in allen drei Säulen, wenn kein AHV-pflichtiges Einkommen erzielt wird. Die Lücken sollen in allen drei Säulen gleichermassen geschlossen werden können, wenn ein ausreichendes Einkommen erzielt wird oder sich ein Vermögenszugang ereignet. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb im Unterschied zur 1. Säule und zur 2. Säule ausgerechnet in der Säule 3a von diesem bewährten Grundsatz und Konzept abgewichen werden sollte. Darin wird in erster Linie auf das Lebensalter und das aktuelle Einkommen abgestützt, um daraus die effektive finanzielle Lücke zu berechnen.

Die Änderung soll am 01.01.2025 in Kraft gesetzt werden. Lücken, welche vor dem Inkrafttreten (also vor dem 31.12.2024) entstanden sind, sollen gemäss dem EDI-Vorschlag nicht anerkannt werden. Datenerhebungen zeigen, dass gerade ab einer Altersschwelle von 40 Jahren die Anzahl der Vorsorgenehmer, die den vollen Jahresbeitrag von aktuell CHF 7'056 einzahlen, überdurchschnittlich hoch ist. Entgegen dem politischen Willen des National- und Ständerats trägt der vorliegende Vorschlag des Bundesrates nicht unmittelbar zur Stärkung der Selbstvorsorge bei, sondern missachtet den parlamentarisch mehrheitsfähigen Vorschlag der Motion und die begleitend formulierte Begründung dazu.

Daraus ergibt sich, dass die dargelegte Schätzung der Steuerausfälle viel zu hoch angesetzt ist, nur eine Bruttobetrachtung darstellt und sich diese (wenn überhaupt) erst in 10 Jahren so ergeben könnten. Die Schätzung berücksichtigt zudem nicht, dass beim Bezug der Säule 3a-Vermögens Steuern anfallen. Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Zins- und allfällige Kapitalerträge beim Bezug ebenfalls besteuert werden; in der Regel also ein höheres Gesamtkapital besteuert wird, als sich aus den einzelnen Einzahlungen ergibt. Darüber hinaus werden die Sozialsysteme entlastet, wenn im Rentenalter höhere Vermögenswerte bestehen.

Die Motion sieht vor, die Einkäufe sowohl in der Anzahl als auch in Bezug auf den Betrag zu begrenzen. Dies mit der Absicht, den administrativen Aufwand für alle Beteiligten der Durchführung zu begrenzen und steuerliche Fehlanreize zu vermeiden. Das BSV und die ESTV weisen im erläuternden Bericht auf den hohen administrativen Aufwand hin, den sie ironischerweise mit der bewussten Abweichung von der Grundidee der Motion dem Vorsorgesystem selbst verursachen würden. Es ist davon auszugehen, dass die Vorsorgeeinrichtungen die entstehenden Mehrkosten den Vorsorgenehmern überwälzen werden und so im Vorsorgesystem die Verwaltungskosten steigen werden.

Die Motion hat vorgesehen, auf die bereits bestehende «Tabelle zur Berechnung des grösstmöglichen 3a-Guthabens» des BSV zurückzugreifen, aus der die maximal möglichen Vorsorgevermögen der Säule 3a pro Jahrgang und Jahr hervorgehen, wenn ab Beginn Pensionskassenpflicht im Alter 25 jeweils der Maximalbetrag einbezahlt würde. Es wäre für alle an der Durchführung Beteiligten eine wesentliche administrative Erleichterung, transparenter und fairer, diese Referenzwerte als Basis für die weitere Beurteilung möglicher Einkäufe heranzuziehen. Wie im Bericht erwähnt, können Vorsorgeeinrichtungen die Abwicklung vornehmen (Selbstdeklaration der Vorsorgenehmer analog 2. Säule). Ein allfälliger Missbrauch kann jedoch immer nur durch die Steuerbehörden festgestellt werden.

C) Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln der Verordnung

In der nachfolgenden Tabelle nehmen wir gerne im Detail zu den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3) Stellung und begründen unseren Gegenvorschlag.

Änderungsvorschlag Verein Vorsorge Schweiz (VVS) (Ergänzungen unterstrichen, Aufhebungen durchgestrichen)	
BVV 3	Begründung
Art. 7 Abs. 1	
¹ Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können in folgendem Umfang Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen leisten und bei den direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden von ihrem Einkommen abziehen:	Kein Änderungsvorschlag
Art. 7a Abzugsberechtigung für als Einkauf geleistete Beiträge	
¹ Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende können zusätzlich zu den Beiträgen nach Artikel 7 Absatz 1 Beiträge als Einkauf in die gebundene Selbstvorsorge leisten und diese von ihrem Einkommen abziehen, wenn sie: a. in den zehn dem Einkauf vorangehenden Jahren nach Vollendung des 24. Altersjahres nicht alle für sie maximal zulässigen Beiträge einbezahlt haben; b. in den von den Einkäufen betroffenen Jahren jeweils zur Leistung von Beiträgen nach Artikel 7 Absatz 1 berechtigt waren <u>letzten vier Jahren und im laufenden Jahr keinen Einkauf in die Säule 3a getätigt haben</u> ; und c. im Jahr, in dem der Einkauf erfolgt (Einkaufsjahr), den für sie zulässigen	lit. a.: Ab dem Alter 25 beginnt das Obligatorium zur Altersvorsorge gemäss Art. 7 Abs. 1 BVG und dies ist auch die Grundlage für die BSV-Tabelle des fiktiven maximalen Säule 3a-Guthabens. lit b.: Umsetzung gemäss von der Bundesversammlung überwiesenen Motion.

Beitrag nach Artikel 7 Absatz 1 vollständig einbezahlen.

² Im Einkaufsjahr dürfen die als Einkauf geleisteten Beiträge nicht höher sein als ~~die Differenz zwischen der Summe der zulässigen Beiträge und der Summe der effektiv geleisteten Beiträge der vergangenen zehn Jahre, auf keinen Fall jedoch höher als 8~~ 32 Prozent des oberen Grenzbetrags nach Artikel 8 Absatz 1 BVG und dem Betragswert, wenn nach Vollendung des 24. Altersjahres immer die maximal zulässigen Beiträge für unselbständig Erwerbstätige geleistet worden wären (unter Beachtung der Mindestverzinsung gemäss Artikel 15 Absatz 3 BVG).

³ ~~Für den Ausgleich einer Beitragslücke eines bestimmten Jahres (Jahresbeitragslücke) ist nicht mehr als ein Einkauf zulässig. Mit einem Einkauf können hingegen mehrere Jahresbeitragslücken ausgeglichen werden.~~ Selbstständigerwerbende können sich im Einkaufsjahr zusätzlich zum Beitrag gemäss Absatz 1 und 2 mit einem Zusatzbeitrag von höchstens 128 Prozent des oberen Grenzbetrags einkaufen, wenn sie in den letzten neun Jahren und im laufenden Jahr ununterbrochen ausschliesslich selbständig erwerbstätig waren und das 34 Altersjahr vollendet haben. Sie können sich mit dem Zusatzbeitrag nur in nachgewiesene Jahresbeitragslücken der letzten vier Jahre einkaufen.

⁴ Tätigt der Vorsorgenehmer einen Bezug der Altersleistung nach Artikel 3 Absatz 1, sind Einkäufe nicht mehr zulässig.

⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Artikel 7 Absätze 2 und 3.

Absatz 2: Umsetzung gemäss von der Bundesversammlung überwiesener Motion.

Absatz 3: Damit Selbständigerwerbende (Einzelunternehmer ohne Pensionskasse) mit Arbeitnehmern gleichgestellt sind, kann deren Einkauf nicht nur anhand der BSV-Tabelle begrenzt werden. Um Fehlanreize zu verhindern, soll sich über den BSV-Tabellenwert nur einkaufen können, wer in den letzten neun Jahren ununterbrochen selbstständig erwerbstätig war und mindestens 35 Jahre alt ist. Die Jahresbeitragslücken der letzten vier Jahre sind an die AHV angelehnt und müssen nachgewiesen werden.

Art. 7b Gesuch um Annahme von als Einkauf geleisteten Beiträgen

¹ Der Vorsorgenehmer muss den Einkauf bei der Einrichtung der gebundenen Selbstvorsorge unter folgenden Angaben schriftlich beantragen:

a. Höhe des beantragten Einkaufs;
b. Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll und in welcher Höhe diese ausgeglichen werden soll;
c. Höhe der Beiträge, die in den Jahren, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll, nach Artikel 7 Absatz 1 gegebenenfalls bereits geleistet wurden, unter Angabe des Zahlungsdatums.

² Er muss im Antrag bestätigen, dass er:

a. im Einkaufsjahr den Beitrag nach Artikel 7 Absatz 1 vollständig entrichtet hat; unter Angabe der Beitragshöhe;

b. für die Jahre, für die eine Beitragslücke ausgeglichen werden soll in den letzten vier Jahren und im laufenden Jahr, noch keinen Einkauf und in den letzten zehn Jahren und im laufenden Jahr keine Vorbezüge vorgenommen hat sowie im laufenden Jahr keine vornehmen wird;

c. noch keine Altersleistungen nach Artikel 3 Absatz 1 bezogen hat.

³ Sind die Voraussetzungen nach Artikel 7a erfüllt, so genehmigt die Einrichtung der gebundenen Vorsorge die Annahme der als Einkauf geleisteten Beiträge.

Absatz 1: Schriftlichkeit im Sinne des ZGB entspricht nicht mehr dem heutigen technischen Umfeld.

Absatz 1 lit. a. bis c.: Bei der Umsetzung der Motion Ettlín gemäss Bundesversammlung ist dies nicht nötig.

Absatz 2 lit. b.: Vorbezüge für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit und für Wohneigentumsförderung der letzten zehn Jahre sollen berücksichtigt werden. Innerhalb dieses Zeitraums können die nötigen Unterlagen beigebracht werden. Aufgrund der Begrenzung des Einkaufs auf alle fünf Jahre und maximal 32 Prozent des oberen Grenzbetrags ist die vorgeschlagene Lösung angemessen und schafft keine Fehlanreize.

Art. 8 Absatz 2

² Im Falle eines Einkaufs muss die Bescheinigung auch die Angaben nach Artikel 7b Absatz 1 Buchstaben a – c sowie das Datum des Einkaufs enthalten.

Kein Änderungsvorschlag

Art. 8a Festhalten und Aufbewahrung von Vorsorgeangaben

¹ Die Einrichtungen der gebundenen Selbstvorsorge müssen vorsorgerelevante Angaben in ihren Unterlagen festhalten, namentlich:

- a. die Höhe der nach Artikel 7 Absatz 1 geleisteten Beiträge und das Datum ihres Zahlungseingangs;
- b. die Höhe der als Einkauf geleisteten Beiträge und das Datum ihres Zahlungseingangs sowie die Höhe der Beitragslücken, die mit den Einkäufen ausgeglichen werden;
- c. den Bezug einer Altersleistung nach Art. 3 Abs. 1.

² Sie müssen die Unterlagen noch während 10 Jahren ab Beendigung des Vorsorgeverhältnisses aufbewahren. Sie können die Unterlagen bis 10 Jahre nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters der AHV aufbewahren.

In der Praxis muss immer wieder nachgewiesen werden, was mit dem Vorsorgeguthaben nach Ausscheiden geschehen ist, auch zehn Jahre nach Beendigung des Vorsorgeverhältnis, z. B. wenn ein 12 Jahre alter Auszug vorgelegt wird.

Art. 8b Mitteilung der Vorsorgeangaben

Im Falle einer Übertragung von Vorsorgekapital im Sinne Artikel 3a Absatz 1 Buchstabe b muss die übertragende Einrichtung der neuen Einrichtung den Jahresbetrag mitteilen:

- a. der in den vorangehenden zehn Jahren nach Artikel 7 Absatz 1 geleisteten Beiträge und;
- b. der in den vorangehenden zehn Jahren als Einkauf geleisteten Beiträge unter Angabe der damit ausgeglichenen Beitragslücken.

Kein Änderungsvorschlag

II Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

~~Beitragslücken nach Artikel 7a Absatz 1 Buchstabe a, die vor Inkrafttreten der Änderung vom ... entstanden sind, können nicht mit einem Einkauf ausgeglichen werden.~~

Umsetzung gemäss von der Bundesversammlung überwiesenen Motion: Auch bereits existierende Vorsorgelücken sollen geschlossen werden können.

D) Schlussfolgerung

Der VVS verlangt eine Umsetzung der Motion Ettlín «Einkauf in die Säule 3a ermöglichen» nach dem von der Bundesversammlung verabschiedeten Modell.

Wir bedanken uns für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung der erwähnten Stellungnahme und insbesondere des oben aufgeführten Anliegens.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (info@verein-vorsorge.ch).

Freundliche Grüsse
Verein Vorsorge Schweiz (VVS)

Nils Aggett
Präsident

Siro Imber
Geschäftsführer

La traduction du texte est sans garantie. La version allemande fait foi.

Modification de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) pour mettre en œuvre la motion 19.3702 du CE Ettlin «Autoriser les rachats dans le pilier 3a»

Madame la Conseillère fédérale Baume-Schneider
Cher Monsieur Barmettler

Le 22 novembre 2023, le Département fédéral de l'intérieur (DFI) a ouvert la procédure de consultation sur l'ordonnance susmentionnée (rachat du pilier 3a).

L'Association prévoyance suisse (VVS) représente les intérêts des fondations de prévoyance du pilier 3a et de leurs clients. Nous vous remercions de nous avoir invités à prendre position sur la proposition de modification de l'ordonnance.

VVS demande l'adaptation des articles pertinents de l'ordonnance conformément à la motion adoptée par le Conseil national et le Conseil des États et à son exposé des motifs, et rejette le modèle proposé par le DFI qui s'écarte de la décision de l'Assemblée fédérale. Vous trouverez ci-dessous les explications relatives à notre demande.

A) Situation initiale

La motion «Autoriser les rachats dans le pilier 3a» déposée le 19 juin 2019 contient le mandat de créer la possibilité de rachat dans le pilier 3a et de la limiter dans le temps et financièrement.

Dans le développement, il a été expliqué que les lacunes ne peuvent pas seulement être dues à un faible revenu ou à un faible taux d'épargne. Dans notre système de prévoyance, les lacunes financières sont plutôt dues au fait qu'aucun revenu soumis à l'AVS n'a été réalisé (principe de l'assurance du revenu).

La motion a donc pour objectif d'aligner la conception du pilier 3a sur celle de l'AVS et de la LPP en ce qui concerne le financement des lacunes et de renforcer ainsi le système des trois piliers. Au moment où un revenu est perçu, les lacunes des années précédentes doivent pouvoir être comblées. Jusqu'à présent, le pilier 3a a toujours été exclu des propositions de réforme et le renforcement de la responsabilité individuelle de la population a été mis de côté.

Au Conseil national et au Conseil des États, la motion et son exposé des motifs bénéficient d'un grand soutien politique, car elle constitue un compromis largement soutenu et équilibré. C'est pourquoi elle a été adoptée par les deux chambres. La proposition actuelle ne respecte pas les grandes lignes de la motion et donc le mandat confié par l'Assemblée fédérale au Conseil fédéral. La proposition doit donc être fondamentalement remaniée.

B) Prise de position sur le rapport explicatif

L'AVS, la prévoyance professionnelle et la prévoyance individuelle liée du pilier 3a sont des «assurances du revenu». Elles ne sont toutes alimentées que si un revenu professionnel soumis à l'AVS est réalisé. Des lacunes financières apparaissent donc logiquement dans les trois piliers lorsqu'aucun revenu soumis à l'AVS n'est perçu. Les lacunes doivent pouvoir être comblées de la même manière dans les trois piliers si un revenu suffisant est réalisé ou si une entrée de fortune se produit. On ne comprend pas pourquoi, à la différence du 1er pilier et du 2e pilier, c'est précisément dans le pilier 3a que l'on devrait s'écarter de ce principe et de ce concept qui ont fait leurs preuves. Celui-ci s'appuie en premier lieu sur l'âge et le revenu actuel pour calculer la lacune financière effective.

La modification doit entrer en vigueur le 01.01.2025. Selon la proposition du DFI, les lacunes qui se sont produites avant l'entrée en vigueur (donc avant le 31.12.2024) ne doivent pas être reconnues. Les données recueillies montrent que c'est précisément à partir d'un seuil d'âge de 40 ans que le nombre de preneurs de prévoyance qui versent la totalité de la cotisation annuelle, actuellement de CHF 7'056, est supérieur à la moyenne. Contrairement à la volonté politique du Conseil national et du Conseil des États, la présente proposition du Conseil fédéral ne contribue pas directement au renforcement de la prévoyance individuelle, mais ne tient pas compte de la proposition de la motion, qui est susceptible de recueillir une majorité au Parlement, et de l'exposé des motifs qui l'accompagne.

Il en résulte que l'estimation des pertes fiscales présentée est beaucoup trop élevée, qu'elle ne représente qu'une considération brute et que ces pertes (si elles existent) ne pourraient se manifester ainsi que dans 10 ans. En outre, l'estimation ne tient pas compte du fait que des impôts sont dus lors du retrait de la fortune du pilier 3a. Par ailleurs, il faut tenir compte du fait que les intérêts et les éventuels revenus du capital sont également imposés lors du retrait; en règle générale, c'est donc un capital total plus élevé que celui qui résulte des différents versements qui est imposé. En outre, les systèmes sociaux sont soulagés si les actifs sont plus importants à l'âge de la retraite.

La motion prévoit de limiter les rachats, tant en termes de nombre que de montant. Ceci dans le but de limiter la charge administrative pour tous les acteurs de la mise en œuvre et d'éviter les incitations fiscales erronées. Dans le rapport explicatif, l'OFAS et l'AFC soulignent la charge administrative élevée qu'ils imposeraient, ironiquement, au système de prévoyance lui-même en s'écartant délibérément de l'idée de base de la motion. Il faut s'attendre à ce que les institutions de prévoyance répercutent les coûts supplémentaires sur les preneurs de prévoyance et que les frais administratifs augmentent ainsi dans le système de prévoyance.

La motion prévoyait de recourir au «tableau pour le calcul du plus grand avoir 3a possible» de l'OFAS, qui existe déjà et qui indique les avoirs de prévoyance maximaux possibles du pilier 3a par année de naissance et par an, si le montant maximal était versé à chaque fois dès le début de l'obligation de s'affilier à une caisse de pension à l'âge de 25 ans. Pour toutes les personnes impliquées dans la mise en œuvre, il serait beaucoup plus facile sur le plan administratif, plus transparent et plus juste d'utiliser ces valeurs de référence comme base pour l'évaluation ultérieure des rachats possibles. Comme indiqué dans le rapport, les institutions de prévoyance peuvent procéder au règlement (auto-déclaration des preneurs de

prévoyance, comme pour le 2e pilier). Toutefois, un éventuel abus ne peut toujours être constaté que par les autorités fiscales.

C) Prise de position sur les différents articles de l'ordonnance

Dans le tableau ci-dessous, nous prenons volontiers position en détail sur les modifications proposées de l'ordonnance sur les déductions admises fiscalement pour les cotisations versées à des formes reconnues de prévoyance (OPP 3) et justifions notre contre-proposition.

Proposition de modification de l'Association prévoyance suisse (VVS) (Compléments soulignés, abrogations biffées)	
OOP 3	Justification
Art. 7, al. 1	
¹ Les salariés et les indépendants peuvent verser des cotisations à des formes reconnues de prévoyance et les déduire de leur revenu, en matière d'impôts directs de la Confédération, des cantons et des communes, dans la mesure suivante:	Pas de proposition de modification
Art. 7a Déduction des cotisations versées à titre de rachat	
¹ Outre des cotisations visées à l'art. 7, al. 1, les salariés et les indépendants peuvent déduire de leur revenu les cotisations versées à titre de rachat dans la prévoyance individuelle liée si les conditions suivantes sont réunies: a. n'ont pas versé toutes les cotisations maximales admises pour eux au cours des dix années précédant le rachat après l'âge de 24 ans révolus; b. avaient le droit de verser les cotisations visées à l'art. 7, al. 1, au cours des années concernées par le rachat, n'ont pas effectué de rachat dans le pilier 3a au cours des quatre dernières années et n'ont pas effectué de rachat au cours de l'année en cours; c. versent intégralement, l'année au cours de laquelle le rachat est effectué (année de rachat), la cotisation admise pour eux en vertu de l'art. 7, al. 1. ² Par année de rachat, celui-ci ne doit pas être supérieur à la différence entre la somme des cotisations annuelles maximales admises et la	lit. a.: A partir de l'âge de 25 ans, la prévoyance vieillesse obligatoire commence conformément à l'art. 7 al. 1 LPP et c'est également la base du tableau de l'OFAS de l'avoir maximal fictif du pilier 3a. lit b.: Mise en œuvre selon la motion transmise par l'Assemblée fédérale. Alinéa 2: Mise en œuvre conformément à la motion transmise par l'Assemblée fédérale.

<p>somme des cotisations annuelles effectivement versées au cours des dix années précédant le rachat, mais ne doit en tous les cas pas dépasser 8 <u>32</u> % du montant-limite supérieur fixé à l'art. 8, al. 1, LPP et la <u>valeur des cotisations</u> si, à l'âge de 24 ans révolus, les cotisations maximales autorisées pour les personnes exerçant une activité lucrative dépendante avaient toujours été versées (en tenant compte de l'intérêt minimal selon l'art. 15, al. 3, LPP).</p> <p>³ <u>Un seul rachat est admis pour combler la lacune de cotisations d'une année donnée (lacune de cotisation annuelle). Un rachat permet toutefois de combler plusieurs lacunes de cotisations annuelles. Les indépendants peuvent effectuer un rachat au cours de l'année de rachat, en plus de la cotisation selon les alinéas 1 et 2, en versant une cotisation supplémentaire s'élevant au maximum à 128 pour cent du montant limite supérieur, s'ils ont exercé une activité indépendante exclusive sans interruption au cours des neuf dernières années et de l'année en cours et s'ils ont atteint l'âge de 34 ans. Ils ne peuvent racheter avec la cotisation supplémentaire que des lacunes de cotisations annuelles prouvées des quatre dernières années.</u></p> <p>⁴ Si le preneur de prévoyance perçoit une prestation de vieillesse en vertu de l'art. 3, al. 1, les rachats ne sont plus admis.</p> <p>⁵ Les dispositions de l'art. 7, al. 2 et 3, sont également applicables.</p>	<p>Alinéa 3: Pour que les indépendants (entrepreneurs individuels sans caisse de pension) soient mis sur un pied d'égalité avec les salariés, leur rachat ne peut pas être limité uniquement sur la base du barème de l'OFAS. Pour éviter les incitations erronées, seules les personnes qui ont exercé une activité indépendante ininterrompue au cours des neuf dernières années et qui sont âgées d'au moins 35 ans doivent pouvoir effectuer des rachats par le biais du barème de l'OFAS. Les lacunes de cotisations annuelles des quatre dernières années sont calquées sur celles de l'AVS et doivent être prouvées.</p>
Art. 7b Demande de rachat	
<p>¹ Le preneur de prévoyance demande par écrit un rachat à l'institution de la prévoyance individuelle liée en fournissant les informations suivantes:</p> <p>a. le montant du rachat demandé; b. les années pour lesquelles une lacune de cotisations doit être comblée et pour quel montant; c. le cas échéant, le montant des cotisations visées à l'art. 7, al. 1,</p>	<p>Alinéa 1: La forme écrite au sens du CC ne correspond plus à l'environnement technique actuel.</p> <p>Alinéa 1 lit. a. à c.: Cela n'est pas nécessaire pour la mise en œuvre de la motion Ettlín selon l'Assemblée fédérale.</p>

<p>versées au cours de l'année de cotisation concernée par le rachat et la date du versement.</p> <p>² Dans la demande, il confirme:</p> <p>a. avoir versé le montant maximal des cotisations visées à l'art. 7, al. 1, au cours de l'année de rachat, en indiquant leur montant;</p> <p>b. ne pas avoir encore effectué de rachat pour les années pour lesquelles une lacune de cotisation doit être comblée; <u>au cours des quatre dernières années et de l'année en cours</u>, ni de versements anticipés au cours des dix dernières années et de l'année en cours, et n'en effectuera pas au cours de l'année en cours;</p> <p>c. ne pas avoir perçu de prestation de vieillesse en vertu de l'art. 3, al. 1.</p> <p>³ Si les conditions visées à l'art. 7a sont remplies, l'institution de la prévoyance individuelle liée autorise le rachat.</p>	<p>Alinéa 2 let. b: Les versements anticipés pour le début d'une activité indépendante et pour l'encouragement à la propriété du logement des dix dernières années doivent être pris en compte. Les documents nécessaires peuvent être fournis au cours de cette période. En raison de la limitation du rachat à tous les cinq ans et à 32 % au maximum du montant limite supérieur, la solution proposée est appropriée et ne crée pas de fausses incitations.</p>
Art. 8, al 2	
<p>² En cas de rachat, l'attestation doit également contenir les informations visées à l'art. 7b, al. 1, let. a – c, et la date du rachat.</p>	<p>Pas de proposition de modification</p>
Art. 8a Consignation des données relatives à la prévoyance et obligation de conservation	
<p>¹ Les institutions de la prévoyance individuelle liée consignent dans leurs dossiers les informations pertinentes pour la prévoyance, notamment:</p> <p>a. le montant et la date de réception du versement des cotisations visées à l'art. 7, al. 1;</p> <p>b. le montant et la date des rachats ainsi que le montant des lacunes de cotisations comblées par ces rachats;</p> <p>c. la perception d'une prestation de vieillesse en vertu de l'art. 3, al. 1.</p> <p>² Elles sont tenues de conserver les documents pendant dix ans à compter de la fin du rapport de prévoyance. <u>Vous pouvez conserver les documents jusqu'à 10 ans après avoir atteint l'âge ordinaire de la retraite AVS.</u></p>	<p>Dans la pratique, il faut toujours prouver ce qu'il est advenu de l'avoir de prévoyance après le départ, même dix ans après la fin du rapport de prévoyance, par exemple lorsqu'un extrait vieux de 12 ans est présenté.</p>

Art. 8b Communication des données relatives à la prévoyance	
En cas de transfert du capital de prévoyance au sens de l'art. 3a, al. 1, let. b, l'institution transférante communique à la nouvelle institution le montant annuel: a. des cotisations visées à l'art. 7, al. 1, versées au cours des dix années précédentes, et b. des rachats que le preneur de prévoyance a effectués au cours des dix années précédentes, en indiquant les lacunes de cotisations ainsi comblées.	Pas de proposition de modification
II Disposition transitoire relative à la modification du...	
Les lacunes de cotisations visées à l'art. 7a, al. 1 let. a, qui sont apparues avant l'entrée en vigueur de la modification du ... ne peuvent pas être comblées au moyen d'un rachat.	Mise en œuvre selon la motion transmise par l'Assemblée fédérale: les lacunes de prévoyance déjà existantes doivent également pouvoir être comblées.

D) Conclusion

La VVS demande que la motion Ettlín «Autoriser les rachats dans le pilier 3a» soit mise en œuvre selon le modèle adopté par l'Assemblée fédérale.

Nous vous remercions de l'examen bienveillant et de la prise en compte de la prise de position mentionnée et en particulier de la demande susmentionnée.

Nous nous tenons à votre disposition pour toute question (info@verein-vorsorge.ch).

Avec nos meilleures salutations
Association prévoyance suisse (VVS)

Nils Aggett
Président

Siro Imber
Directeur